

Wählerverhalten auf kommunaler Ebene. Eine Analyse am Beispiel der Kommunalwahl 2006 in Osnabrück

Carmen Schmidt

Das Wählerverhalten in Osnabrück lag bei Bundestagswahlen stets im Trend der protestantisch geprägten norddeutschen Städte, wo die Stimmenanteile für die SPD im Allgemeinen überdurchschnittlich ausfielen, während die CDU regelmäßig unter ihrem Bundesdurchschnitt lag. Bei Kommunalwahlen indes errangen die Christdemokraten seit Anfang der 1980er Jahre in Osnabrück deutlich mehr Stimmen als die SPD, die auch bei der Kommunalwahl 2006 nur zweitstärkste Kraft wurde.

Unterschiede im Abstimmungsverhalten der Bürger bei Wahlen auf den verschiedenen politischen Ebenen lassen sich auch in anderen Städten und Gemeinden nachweisen. Allerdings ist es umstritten, ob von einem eigenständigen kommunalen Wahlverhalten ausgegangen werden kann. So wird einerseits darauf verwiesen, dass sich die Wähler tendenziell ähnlich verhielten wie bei Wahlen auf nationaler Ebene und unterschiedliche Wahlergebnisse lediglich eine Folge unterschiedlich hoher Wahlbeteiligung seien. Andererseits wird die Rolle des Kommunalwahlrechts hervorgehoben, das mit seinen besonderen Möglichkeiten für die Wähler wie Kumulieren und Panaschieren eine Orientierung an der Person des Bewerbers zur Folge habe, während die Parteiidentifikation in den Hintergrund trete. Einigkeit besteht jedoch darüber, dass die Ausprägung eines eigenständigen kommunalen Wahlverhaltens in relativer Abhängigkeit von der Gemeindegröße steht. Ein solches ist demnach wahrscheinlicher in kleineren Gemeinden, wo der Persönlichkeitswahl mehr Bedeutung zukommt, während sich in größeren Gemeinden mit hoher Parteidurchdringung und einem parteiorientierten Wahlrecht das Wahlverhalten dem bei nationalen Wahlen annähert.¹

Über diese Faktoren hinaus ist allerdings zu berücksichtigen, dass sich in größeren Städten durchaus interne Varianzen des Wahlverhaltens nachweisen lassen, die mit stadtgeographischen und sozialstrukturellen Gegebenheiten korrelieren und innerhalb einer Gebietskörperschaft zur Herausbildung spezifischer soziokultureller Milieus und damit einer eigenständigen Politischen Kultur in den Stadtteilen und städtischen Zonen führen können.

Anhand einer vergleichenden Analyse des Abstimmungsverhaltens der Osnabrücker Bürger bei der Bundestagswahl 2005 und der Kommunalwahl 2006 in den einzelnen Stadt-

1 Zu den unterschiedlichen Ansätzen zur Erklärung kommunalen Wahlverhaltens vgl. *Franz Urban Pappi*, Sozialstruktur und Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen aus kommunalpolitischer Perspektive, in: *Paul Kevenhörster* (Hrsg.), *Kommunales Wahlverhalten*, Bonn 1976, S. 1 – 58; *Paul Kevenhörster*, Parallelen und Divergenzen zwischen gesamtsystemarem und kommunalem Wahlverhalten, in: ebenda, S. 249 – 281; *Berthold Löffler / Walter Rogg*, Determinanten kommunalen Wahlverhaltens in Baden-Württemberg, Tübingen 1985; *Hans-Georg Wehling*, „Parteipolisierung“ von lokaler Politik und Verwaltung? Zur Rolle der Parteien in der Kommunalpolitik, in: *Hubert Heinelt / Hellmut Wollmann* (Hrsg.), *Brennpunkt Stadt*, Basel 1991, S. 149 – 166; *Thomas Czarnecki*, *Kommunales Wahlverhalten: Die Existenz und Bedeutsamkeit kommunaler Determinanten für das Wahlverhalten. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Rheinland-Pfalz*, München 1992; *Oscar W. Gabriel / Frank Brettschneider / Angelika Vetter* (Hrsg.), *Politische Kultur und Wahlverhalten in einer Großstadt*, Opladen 1997.

teilen und städtischen Zonen soll geklärt werden, worin die Unterschiede zwischen dem Verhalten bei kommunalen und nationalen Wahlen wurzeln und welche Bedeutung den stadtgeographischen und sozialstrukturellen Spezifika zukommt.² Zudem soll das Abstimmungsverhalten nach Personen und Parteilisten analysiert und geklärt werden, ob das Kommunalwahlrecht, das auch in Niedersachsen die Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens vorsieht, eine personenorientierte Stimmabgabe begünstigt und somit zur Ausprägung eines eigenständigen kommunalen Wahlverhaltens beiträgt.³

Der Vergleich zwischen der Bundestagswahl 2005 und den Kommunalwahlen 2006 in Osnabrück war deshalb besonders geeignet, weil die Abstimmungsergebnisse in signifikanter Weise voneinander abwichen und nur ein Jahr zwischen den Wahlen lag. Osnabrück wurde auch deshalb als Fallbeispiel gewählt, weil die Stadt mit einer Einwohnerzahl von 156.700 eine sozialräumliche Ausdifferenzierung in Stadtteile und städtische Zonen aufweist, die Möglichkeit der persönlichen Bekanntheit der Kandidaten bei Kommunalwahlen aber immer noch als gegeben erscheint. Zudem ist eine Struktur von Städten mittlerer Größe kennzeichnend für Deutschland.

1. Stadtgeographische Merkmale und Sozialstruktur der Wählerschaft im Überblick

In der Regel zeichnen sich Städte durch eine gewisse Größe, Bevölkerungsdichte und eine geschlossene Ortsform aus, wobei zumeist ein Kern-Rand-Gefälle in Bezug auf Wohn- und

- 2 Die vorliegende Analyse beruht auf der vom Fachbereich Statistik der Stadt Osnabrück zur Verfügung gestellten Daten zu den Bundestags- und Kommunalwahlen sowie den statistischen Aggregatdaten der Behörden. Da die in Osnabrück bestehenden Wahlkreise nicht identisch sind mit den 23 Stadtteilen der Stadt, sondern in der Regel mehrere Stadtteile umfassen, wurden die einzelnen Wahlbezirke der Wahlkreise den jeweiligen Stadtteilen zugeordnet, so dass nunmehr vergleichende Aussagen zum Wahlverhalten in den einzelnen Stadtteilen und städtischen Zonen möglich sind. Für die Bundestagswahl erfolgte die Zuordnung mittels des Verzeichnisses der Wahlbezirke der Bundestagswahl vom 18. September 2005 (Stadt Osnabrück (Hrsg.), Statistische Informationen 2/2005, S. 45 – 52) und dem zur Verfügung gestellten Verzeichnis der Stadtteile mit den dazugehörigen statistischen Bezirken. Für die Kommunalwahl erfolgte die Zuordnung mittels der vom Fachbereich Städtebau, Fachdienst Geodaten der Stadt Osnabrück zur Verfügung gestellten Karte der Wahlbezirke und statistischen Bezirke sowie dem Wahlbezirksverzeichnis der Kommunalwahl 2006. Aus forschungstechnischen Gründen beschränkt sich die Analyse auf das Wahlverhalten der Urnenwähler, da die Briefwahlbezirke nicht aufgesplittet vorliegen und – ebenso wie die Kommunalwahlbezirke – nicht identisch sind mit den Stadtteilen, sondern in der Regel mehrere Stadtteile umfassen. Mein Dank gilt *Jürgen Lübbert* vom Referat für Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung, Bereich Statistik der Stadt Osnabrück sowie *Dirk Ohde* vom Fachbereich Städtebau, Fachdienst Geodaten der Stadt Osnabrück für ihre Hilfsbereitschaft.
- 3 Für die Wahl zum Rat einer Gemeinde in Niedersachsen hat jeder Wahlberechtigte drei Stimmen mit der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens. Die Wähler können hierbei alle drei Stimmen einem Wahlvorschlag in seiner Gesamtheit (Gesamtliste) oder einem einzigen Bewerber auf einem Wahlvorschlag geben (kumulieren). Die Stimmen können aber auch auf mehrere Gesamtlisten und / oder mehrere Bewerber desselben Wahlvorschlages oder verschiedener Wahlvorschläge verteilt werden (panaschieren) (NKWG § 30/2). Die Mandate für die kommunalen Vertretungen werden nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl vergeben. Die Sitzverteilung erfolgt proportional nach dem Verrechnungsverfahren *Hare / Niemeyer*. Zum niedersächsischen Kommunalwahlrecht vgl. *Hans-Jürgen Ihnen*, Kommunalrecht Niedersachsen, Hamburg 2003, S. 159 – 178.

Lebensformen besteht. Je höher die Bevölkerungsdichte, desto höher die soziale Distanz und Anonymität. Neben der Tatsache, dass die Mehrheit der Stadtbewohner in Handel- und Dienstleistungsberufen tätig ist, ist vor allem eine differenzierte Sozialstruktur im Hinblick auf Einkommen, Bildungsstatus und Interessen kennzeichnend. Das Nebeneinander widerstreitender sozialer Einflüsse (cross-pressures) kann sich destabilisierend auf die Partei-identifikation auswirken.⁴ Zudem kann eine hohe inner- und zwischenstädtische Mobilität die Entwicklung städtischer Milieus verhindern und die Nichtwahl begünstigen.⁵ Voraussetzung für die Entwicklung stabiler Normen und Verhaltensmuster ist eine gewisse Dauer der Ansässigkeit der Bevölkerung. Sozialen Kontexten im Wohnumfeld kommt somit für das Wahlverhalten hohe Bedeutung zu. Auch können Nachbarschaftseffekte in Form eines lokalen Meinungsklimas das Wahlverhalten entscheidend beeinflussen und zur Herausbildung von politischen Räumen in Großstädten führen, die sich in lokalen Politischen Kulturen und Milieus manifestieren.⁶

Nach *Hans Paul Bahrdt* repräsentiert die Stadtmitte in europäischen Großstädten den klassischen Ort städtischer Öffentlichkeit, an dem sich viele zentrale Einrichtungen befinden. Um die Stadtmitte herum liegen ältere Wohnviertel, die hinsichtlich der sozialen Struktur ihrer Bewohner sehr differenziert sind. In zunehmender Entfernung vom Stadtkern gruppieren sich neuere, zumeist monofunktionale Wohn- oder Gewerbegebiete.⁷

Osnabrück, eine mittlere Großstadt im Regierungsbezirk Weser-Ems, besteht aus 23 Stadtteilen, wobei drei städtische Zonen unterschieden werden können (vgl. Abbildung 1):

Zone 1: Zentrale Bezirke, deren öffentlicher und kultureller Mittelpunkt die Innenstadt bildet. Hier befinden sich die wichtigsten Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung und die Universität. Um die Innenstadt gruppieren sich ältere Wohnviertel wie der Westerberg mit seinen Villen aus der Gründerzeit und der Stadtteil Schinkel, der im ausgehenden 19. Jahrhundert als klassischer Arbeiterstadtteil in Folge der Ansiedlung von Betrieben der Eisen- und Stahlindustrie im benachbarten Bezirk Fledder entstand. In den zentralen Stadtteilen dominiert durchweg verdichtete Bauweise. Sie sind gekennzeichnet durch einen hohen Bevölkerungsaustausch, große Bevölkerungsdichte sowie einen überproportional hohen Ausländeranteil. Die Wähler dieser Zone sind eher jung und unverheiratet; nahezu ein Viertel gehört keiner Konfession oder einer anderen als der evangelischen oder katholischen an. Allerdings bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den zentralen Stadtteilen bezüglich

4 *Bernhard R. Berelson / Paul F. Lazarsfeld / William N. McPhee*, Voting – A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign, Chicago 1954, S. 154.

5 *Harald Schoen*, Wechselwahl, in: *Jürgen Falter / Harald Schoen* (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 378.

6 Vgl. *Karl Ganser*, Sozialgeographische Gliederung der Stadt München aufgrund der Verhaltensweisen der Bevölkerung bei politischen Wahlen, Laßleben / Regensburg 1966; *Kevin R. Cox*, Suburbia and Voting Behavior in the London Metropolitan Area, in: *Annals of the Association of American Geographers*, H. 58 (1968), S. 111 – 127; *Karl-Heinz Naßmacher*, Zerfall einer liberalen Subkultur. Kontinuität und Wandel des Parteiensystems in der Region Oldenburg, in: *Herbert Kübr* (Hrsg.), Vom Milieu zur Volkspartei – Funktionen und Wandlungen der Parteien im kommunalen und regionalen Bereich, Königstein / Taunus 1979, S. 29 – 134.

7 *Hans Paul Bahrdt*, Die moderne Großstadt: Soziologische Überlegungen zum Städtebau, München 1961, Kapitel 4. Zur Einteilung von Städten in sozialstrukturell identifizierbare Zonen vgl. auch *Olaf Boustedt*, Die Stadtregionen und ihre Bedeutung für die Marktforschung, in: *GFM-Mitteilungen zur Markt- und Absatzforschung*, 14 (1968), S. 65 – 74.

lich des Ausländeranteils und der Altersstruktur der Wählerschaft; dies dürfte als unmittelbarer Ausdruck der unterschiedlichen Funktionszuweisung der Stadtteile innerhalb des gesamtstädtischen Subsystems der zentralen Zone zu interpretieren sein.

Zone 2: Städtische Randbezirke, die in den 1960er Jahren zum Teil durch Bundesdemonstrativbauvorhaben ausgebaut wurden. Hier mischen sich freistehende Einfamilien- und Reihenhäuser mit mehrgeschossigen Haustypen. Diese Randbezirke nehmen in Bezug auf Bevölkerungsdichte, Bevölkerungsbewegung und Ausländeranteil eine mittlere Position ein. Die Wählerschaft ist überwiegend verheiratet, mittleren Alters und älter, in religiöser Hinsicht zudem relativ homogen verteilt, mit einem leichten Übergewicht an Protestanten. Nur in einem Stadtteil sind die Katholiken mit über 50 Prozent in der Mehrheit. Der Anteil an Konfessionslosen oder Angehörigen anderer Religionen liegt zwischen dem von Zone 1 und Zone 3. Die Stadtteile dieser Zone können durchweg als monofunktionale Wohnviertel bezeichnet werden.

Zone 3: Vorstadtgemeinden, die 1972 im Rahmen der Gebietsreform eingemeindet wurden und ursprünglich selbständige Gemeinden waren. Viele dieser Stadtteile, deren Entwicklung nunmehr aufgrund der Anbindung an Ausfallstraßen und ähnlichen Maßnahmen an die Stadtentwicklung Osnabrücks gekoppelt ist, waren früher agrarisch geprägt; heute dominiert die Landwirtschaft nur noch in Voxtrup mit den Bauernschaften Düstrup und Hickingen. Hier sind eine geringe Fluktuation der Einwohnerschaft, eine niedrige Bevölkerungsdichte und ein vergleichsweise geringer Ausländeranteil anzutreffen. Die Wählerschaft ist im Unterschied zu den zentralen Bezirken eher mittleren Alters, verheiratet und gehört einer der beiden großen Konfessionen an, wobei sich im Hinblick auf die religiöse Untergliederung keine eindeutige Tendenz feststellen lässt: So dominieren in Atter, Darum / Gretesch / Lüstringen und Hellern mit 51,6 beziehungsweise 49 und 49,1 Prozent Angehörige der evangelischen Konfession, in Pye, Nahne, Sutthausen und Voxtrup hingegen mit 61,6, 55,8 und 49 Prozent Katholiken. Auch diese Stadtteile bilden überwiegend reine Wohnviertel.⁸

2. Der Wahlentscheid in den Stadtteilen und städtischen Zonen im Vergleich zur Bundestagswahl 2005

Das aktive Wahlrecht bei Kommunal- und Oberbürgermeisterwahlen in Niedersachsen besitzen Deutsche sowie Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der EU, sofern sie das 16. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten ihren Wohnsitz im jeweiligen Wahlgebiet haben (§ 34 Abs. 1 Niedersächsische Gemeindeordnung, NGO). Insgesamt waren bei der Kommunal- und Oberbürgermeisterwahl am 10. September 2006 123.646 Osnabrücker Bürger wahlberechtigt, darunter etwa 7.000 Erstwähler (sechs Prozent) und etwa 3.500 EU-Bürger (drei Prozent).⁹ Unionsbürger fallen angesichts ihrer geringen Zahl

⁸ Ausführliche Daten zur Sozialstruktur der Stadtteile und städtischen Zonen finden sich bei *Carmen Schmidt*, Wählerverhalten auf kommunaler Ebene: Stadtgeographie, Sozialstruktur und Wahlentscheid in der Stadt Osnabrück, Koentopp 2008, Kapitel 3.

⁹ Am 18. August 2006 waren im Wählerverzeichnis der Stadt Osnabrück 3.550 EU-Bürger und 7.111 Erstwähler verzeichnet. Vgl. Neue Osnabrücker Zeitung (NOZ) vom 1. September 2006. Im Vergleich zur Bundestagswahl stieg die Zahl der Wahlberechtigten um 5.233 Personen.

| <i>Abbildung 1: Überblick über ausgewählte stadtgeographische und sozialstrukturelle Merkmale der städtischen Zonen in Osnabrück</i> | | | | | |
|--|----------|------------------------------------|--------|---|--------|
| Stadtgeographische Merkmale der Stadtteile | | | | | |
| Bevölkerungsdichte (Einwohner / km ²) | | Wanderungsbewegungen | | Ausländeranteil (in Prozent) | |
| Zone 1 | ↑ 2776,9 | Zone 1 | ↑ 34,9 | Zone 1 | ↑ 12,0 |
| Zone 2 | 1503,1 | Zone 2 | 25,8 | Zone 2 | 9,2 |
| Zone 3 | 545, 0 | Zone 3 | 18,7 | Zone 3 | 4,7 |
| Sozialstrukturelle Merkmale der Wählerschaft | | | | | |
| Altersgruppe 18 bis 39 Jahre (in Prozent) | | Anteil der Ledigen (in Prozent) | | Konfessionslose / Andere Religionen (in Prozent) | |
| Zone 1 | ↑ 42,3 | Zone 1 | ↑ 41,1 | Zone 1 | ↑ 23,7 |
| Zone 2 | 33,7 | Zone 2 | 27,0 | Zone 2 | 20,1 |
| Zone 3 | 32,6 | Zone 3 | 24,0 | Zone 3 | 18,3 |
| Stand: Dezember 2004. | | | | | |
| Quelle: Eigene Berechnung nach: Stadt Osnabrück (Hrsg.), Statistische Informationen 1/2005, S. 1 – 26. | | | | | |

und ihrer bislang schwachen Bereitschaft zur Beteiligung an Wahlen als Wählergruppe in Osnabrück somit kaum ins Gewicht.¹⁰

Im Gegensatz zu den großen im Bundestag vertretenen Parteien spielten Einzelbewerber und Wählergemeinschaften bei Kommunalwahlen in Osnabrück seit den 1960er Jahren keine bedeutende Rolle. Zwischen 1964 und 2001 lag ihr Anteil zwischen sechs (1964) und null Prozent (1990).¹¹ Bei der Kommunalwahl 2006 trat neben CDU, SPD, FDP, Grünen und Linkspartei¹² nur die UWG als unabhängige Wählergemeinschaft an.

Die Beteiligung lag bei Kommunalwahlen schon immer deutlich unter jener bei Bundestagswahlen; lediglich im Jahr 1976 war sie mit jeweils 91 Prozent gleich hoch. Dies war zugleich die höchste Wahlbeteiligung, die nach 1945 sowohl auf nationaler als auch auf kommunaler Ebene erreicht wurde. Seither zeigt sich eine kontinuierliche Abnahme der Wahlbeteiligung, die auf der kommunalen Ebene jedoch erheblich stärker ausfällt als auf der nationalen.¹³

10 Genaue Daten zur Wahlbeteiligung der Unionsbürger bei den Kommunalwahlen in Osnabrück liegen nicht vor. Statistiker schätzen die Wahlbeteiligung von EU-Bürgern bei Kommunalwahlen allerdings auf lediglich 20 bis 30 Prozent. Vgl. *Hilmar von Wersebe*, Das neue Wahlrecht für EU-Bürger, Materialien für die Arbeit vor Ort der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2000, S. 13. Auch von ihrem passiven Wahlrecht machen Unionsbürger offensichtlich kaum Gebrauch. So befanden sich unter den 355 Kandidaten der Kommunalwahl in Osnabrück lediglich zwei EU-Bürger, was einem Anteil von nur 0,6 Prozent entsprach (Angaben: eigene Auszählung). Der Anteil der EU-Bürger unter den Kandidaten entsprach in Osnabrück damit exakt dem niedersächsischen Durchschnitt. Vgl. Der Landeswahlleiter für Niedersachsen, Presseinformation KW 2006/5 (<http://www.nls.niedersachsen.de/file/Pl5010906.pdf>), S. 3.

11 Stadt Osnabrück (Hrsg.), Statistische Informationen, 2/2005, S. 5.

12 Die vollständige Bezeichnung der Partei in Osnabrück lautet: „Osnabrücker LINKE WählerInnengemeinschaft“.

13 Quelle für Gesamtdeutschland: Der Bundeswahlleiter; für Osnabrück: Der Landeswahlleiter für Niedersachsen.

Bei der Bundestagswahl im Jahr 2005 gingen noch 78 Prozent aller Osnabrücker Bürger zur Wahl, bei den Kommunalwahlen 2006 waren es lediglich 47 Prozent. Die Stadt liegt damit im niedersächsischen Trend, wo die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen im Jahr 1976 am höchsten lag, seither kontinuierlich zurückging und 2006 mit knapp 53 Prozent einen vorläufigen Tiefstand erreichte.

Bei den Kommunalwahlen in Osnabrück wurde die CDU unter den Urnenwählern mit 37,7 Prozent stärkste Fraktion, gefolgt von der SPD mit 35,6 Prozent.¹⁴ Die Grünen erreichten 12,1 Prozent, die FDP kam auf 9,6 Prozent der Wählerstimmen. Die neu gegründete Linkspartei konnte 2,6 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Damit unterscheidet sich das Ergebnis der Kommunalwahl 2006 erheblich von jenem der Bundestagswahl 2005. Hier kam die SPD unter den Urnenwählern in Osnabrück-Stadt auf einen Stimmenanteil von 41,4 und Bündnis 90/Die Grünen auf knapp zwölf Prozent, womit die Präferenzen für die angestrebte rot-grüne Koalition im Stadtgebiet deutlich über dem Bundesergebnis lagen. Die CDU erreichte nur gut 31 Prozent der Stimmen und schnitt damit deutlich schlechter ab als bundesweit. Die FDP erzielte 2005 sowohl bundesweit als auch im Stadtgebiet knapp zehn Prozent der Stimmen (vgl. Tabelle 1).

Ungeachtet der Unterschiede im Wahlergebnis zeigen sich in Bezug auf das Wahlverhalten deutliche Parallelen zwischen Bundestags- und Kommunalwahl. Auch bei der Kommunalwahl fiel die Beteiligung in den innerstädtischen Bezirken am niedrigsten und in den Vorstadtgemeinden am höchsten aus.

Die CDU erzielte ihre besten Ergebnisse in den Vorortgemeinden, besonders in den katholisch geprägten Stadtteilen Pye (64,1 Prozent), Nahne (62,3 Prozent) und Haste (53,6 Prozent), in denen sie auch bei der Bundestagswahl die meisten Wählerstimmen erreichen konnte. Außergewöhnlich niedrig fiel das Ergebnis für die Union in den innerstädtischen Stadtteilen der Zone 1 aus, besonders in den Hochburgen der Grünen Weststadt (30,5 Prozent) und Wüste (31,2 Prozent).

Die SPD konnte ebenso wie bei der Bundestagswahl ihre besten Ergebnisse in den städtischen Bezirken der Zone 2 erzielen. Ihre Hochburgen verteilten sich erneut über alle städtischen Zonen und lagen im traditionellen Arbeiterbezirk Schinkel (43,9 Prozent; Zone 1), in Widukindland (49,1 Prozent) und Schinkel-Ost (47,8 Prozent; beide Zone 2) ebenso wie im überwiegend protestantisch geprägten Stadtteil Darum / Gretesch / Lüstringen (45,3 Prozent; Zone 3). Am schlechtesten schnitt die Partei in den katholischen Vorortgemeinden Nahne (19,2 Prozent) und Pye (23,7 Prozent) ab, in denen die CDU ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielte, sowie im gutbürgerlichen Viertel Westerberg (25,7 Prozent).

Bündnis 90/Die Grünen waren auch bei der Kommunalwahl in den zentralen Bezirken mit 15,4 Prozent deutlich stärker als in den Vorortgemeinden, wo sie lediglich 7,0 Prozent der Wählerstimmen erhielten. Auch bei den Wahlen auf kommunaler Ebene lagen ihre

14 Unter den Briefwählern konnte die CDU insgesamt 4,4 Prozent mehr Stimmen erringen als unter den Urnenwählern, die FDP kam auf ein um zwei Prozent höheres Ergebnis. Die SPD hingegen schnitt mit knapp sechs Prozent unter den Briefwählern deutlich schlechter ab als unter den Urnenwählern. Hierbei liegen die Briefwähler im Trend für Gesamtdeutschland. Zu den Briefwählern in Deutschland vgl. *Silvia Ellermann*, Wählen in Abwesenheit: Eine empirisch-komparative Analyse der Abwesenheitswahl unter Berücksichtigung der Implikationen zwischen Wahlverfahren und Wählerverhalten sowie der Sicherheit von Wahlen, Osnabrück 2006.

| Tabelle 1: Ergebnisse der Kommunalwahl 2006 in Osnabrück (in Prozent) und Prozentsatzdifferenz zur Bundestagswahl 2005 | | | | | | | | | | | | | |
|---|-------------|--------------|-------------|------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|------------|-------------|------------|
| | WB | BW | CDU % | BW | SPD % | BW | FDP % | BW | Grüne % | BW | Linke % | BW | UWG % |
| Zentrale Bezirke (Zone 1) | 37,1 | -24,3 | 34,0 | 5,1 | 34,2 | -6,2 | 11,2 | 1,3 | 15,7 | 1,3 | 3,3 | -1,4 | 1,6 |
| 01 Innenstadt | 31,4 | -23,8 | 34,0 | 5,9 | 32,5 | -5,9 | 10,6 | 0,2 | 17,4 | 1,3 | 3,7 | -1,6 | 1,7 |
| 02 Weststadt | 43,8 | -21,9 | 30,5 | 0,8 | 30,2 | -5,6 | 17,3 | 5,1 | 17,7 | 0,9 | 3 | -1,2 | 1,3 |
| 03 Westerberg | 43,6 | -17,7 | 36,7 | 3,3 | 25,7 | -4,6 | 17,8 | 1,6 | 16,2 | 0,4 | 2,5 | -0,9 | 1 |
| 05 Hafen | 25,4 | -31,2 | 31,3 | 7,3 | 38,1 | -7,5 | 11,7 | 1,6 | 13,6 | 2,3 | 3,2 | -2,7 | 2,2 |
| 06 Sonnenhügel | 37,7 | -24,4 | 32,9 | 2,4 | 38,2 | -3,2 | 8,7 | 0,1 | 15,3 | 1,7 | 3,1 | -1,1 | 1,7 |
| 09 Gartlage | 34,6 | -23,7 | 32,0 | 6,1 | 33,6 | -6,1 | 8,7 | -0,1 | 18,4 | 0,5 | 5,9 | -0,6 | 1,4 |
| 10 Schinkel | 31 | -28,5 | 35,9 | 7,7 | 43,9 | -4,3 | 6,6 | -0,3 | 8,9 | -0,2 | 3,1 | -1,9 | 1,6 |
| 13 Fledder | 31,2 | -29,4 | 43,8 | 11,4 | 32,5 | -10,3 | 10,4 | 0,8 | 8,5 | 1,1 | 2,8 | -2,5 | 2 |
| 14 Schölerberg | 36,6 | -26 | 35,8 | 5,3 | 34,3 | -7 | 9,7 | 1,9 | 13,8 | 0,8 | 4 | -1,3 | 2,4 |
| 16 Wüste | 41,8 | -21,6 | 31,2 | 5,7 | 34,4 | -6,6 | 9,3 | -0,6 | 20,2 | 2,4 | 3,4 | -1 | 1,5 |
| Städtische Bezirke (Zone 2) | 40,6 | -24,6 | 39,7 | 7,2 | 39,1 | -3,8 | 7,4 | -1,6 | 9,9 | 0,1 | 2,3 | -1,8 | 1,7 |
| 04 Eversburg | 35,5 | -28,1 | 33,8 | 3,9 | 45,1 | 1,2 | 8,9 | -0,9 | 8,4 | -1,6 | 2,1 | -1,9 | 1,7 |
| 07 Haste | 42,3 | -23 | 53,6 | 12,7 | 26 | -9,3 | 7,2 | -2,8 | 10,1 | 0,9 | 1,4 | -1,8 | 1,6 |
| 08 Dodesheide | 42,4 | -24,9 | 39,8 | 6 | 37,1 | -4,9 | 8,2 | -0,6 | 10,7 | 1,2 | 2,5 | -1,8 | 1,5 |
| 11 Widukindland | 43,1 | -25,4 | 34,5 | 5,5 | 49,1 | -0,3 | 4,8 | -2,3 | 7,7 | -1,6 | 1,7 | -2,1 | 2,2 |
| 12 Schinkel-Ost | 41,5 | -28,2 | 35 | 4,3 | 47,8 | 1,7 | 5,8 | -3,8 | 7,2 | 0,1 | 2,8 | -1,4 | 1,3 |
| 15 Kalkhügel | 40,3 | -25,3 | 37,1 | 8,5 | 36,6 | -7,3 | 8 | -0,2 | 13,5 | 1 | 3,2 | -1,7 | 1,6 |
| Vorstadtgemeinden (Zone 3) | 46,6 | -23,7 | 43,1 | 8,4 | 35,3 | -7 | 8,8 | -0,9 | 7 | -1,4 | 1,5 | -1,8 | 4,2 |
| 17 Sutthausen | 51,4 | -20,8 | 43,6 | 7,9 | 34,6 | -5,4 | 10,2 | -0,5 | 8,7 | -0,8 | 1,3 | -1,6 | 1,6 |
| 18 Hellern | 48,1 | -21,5 | 39,2 | 7,9 | 37,9 | -4,9 | 10,3 | -0,1 | 9,1 | -1,7 | 2,1 | -1,5 | 1,4 |
| 19 Atter | 40,3 | -26,8 | 34,2 | 3,7 | 44 | -2,1 | 6,5 | -2,5 | 7,9 | 0,1 | 1,6 | -2,5 | 5,8 |
| 20 Pye | 49,4 | -25,1 | 64,1 | 21,8 | 23,7 | -14,7 | 4,2 | -4,4 | 6,3 | -0,2 | 0,7 | -2,2 | 1 |
| 21 Da / Gre / Lü | 44 | -26,1 | 31,7 | 0,9 | 45,3 | -1,6 | 13,3 | 3,1 | 6,4 | -0,6 | 1,5 | -1,5 | 1,7 |
| 22 Voxtrup | 46,4 | -23,6 | 46,3 | 9,2 | 29,8 | -11,2 | 5,3 | -3,5 | 4 | -3,3 | 1,4 | -2,5 | 13,2 |
| 23 Nahne | 47,7 | -22,4 | 62,3 | 17,6 | 19,2 | -14,4 | 7,3 | -1,5 | 7,3 | -2,4 | 1,7 | -0,4 | 2,1 |
| N Urnenwähler Gesamt = | 40,1 | -24,4 | 37,7 | 6,5 | 35,6 | -5,8 | 9,6 | 0 | 12,1 | 0,3 | 2,6 | -1,6 | 2,3 |

Einheit: Urnenwähler. BW = Prozentsatzdifferenz zur Bundestagswahl 2005. WB = Wahlbeteiligung. Da / Gre / Lü = Darum / Gretesch / Lüstringen.
 Quellen: Eigene Berechnungen nach: Stadt Osnabrück (Hrsg.), Ergebnis der Wahl zum Deutschen Bundestag am 18. September 2005, Osnabrück 2005, S. 1 – 277, und Stadt Osnabrück (Hrsg.), Ergebnisse der Wahlen zum Rat der Stadt Osnabrück, Osnabrück 2006, S. 1 – 30.

Hochburgen in den zentralen Bezirken Wüste (20,2 Prozent), Gartlage (18,4 Prozent) und Westerberg (17,8 Prozent). Die niedrigsten Resultate ergaben sich für die Partei in den Vorortgemeinden Voxtrup (4,0 Prozent) und Pye (6,3 Prozent), wo die Stimmanteile für die CDU überdurchschnittlich ausfielen, und Darum / Gretesch / Lüstringen (6,4 Prozent), wo die SPD besonders stark war.



Das Stimmenergebnis für die FDP weist ebenfalls deutliche Parallelen zur Bundestagswahl auf. Besonders gut schnitt sie in den zentralen Stadtteilen Westerberg (17,8 Prozent) und Weststadt (17,7 Prozent) ab, besonders schlecht in der CDU-Hochburg Pye (4,2 Prozent) und der SPD-Hochburg Widukindland (4,8 Prozent).

Die Linke erreichte erneut in den zentralen Bezirken der Zone 1 ihr bestes Ergebnis, vor allem in Gartlage (5,9 Prozent), Schölerberg (4,0 Prozent) und Innenstadt (3,7 Prozent). Die wenigsten Stimmen entfielen auf sie in den Vorortgemeinden Pye (0,7 Prozent), Sutthausen (1,3 Prozent) und Voxtrup sowie Haste (jeweils 1,4 Prozent), wo die CDU überdurchschnittlich viele Stimmen erzielte.

Die UWG, die nur bei der Kommunalwahl antrat, kam mit 4,2 Prozent in den Vorortgemeinden auf ihr bestes Ergebnis. Besonders stark war sie im Stadtteil Voxtrup mit 13,2 Prozent, gefolgt von Atter mit 5,8 Prozent.¹⁵ Am schwächsten zeigte sich die UWG in den Stadtteilen Westerberg und Pye mit jeweils ein Prozent der Stimmen.

Im Vergleich zur Bundestagswahl lassen sich folgende Parallelen im Wahlverhalten erkennen: Das Ergebnis für die CDU fällt in den Vorortgemeinden der Zone 3 am höchsten und in den zentralen Bezirken am schwächsten aus. Die SPD ist in den städtischen Bezirken der Zone 2 am stärksten und den zentralen Bezirken am schwächsten. Die kleineren Parteien (außer UWG) haben in den zentralen Bezirken der Zone 1 ihre Hochburgen und sind in den Vorstadtgemeinden am schwächsten (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Vergleich des Wählerverhaltens bei den Kommunalwahlen 2006 in Osnabrück und der Bundestagswahl 2005

| | am höchsten  | | am niedrigsten  | |
|-----------------|--|--------------|---|--------------|
| | Bundestagswahl | Kommunalwahl | Bundestagswahl | Kommunalwahl |
| Wahlbeteiligung | Zone 3 | Zone 3 | Zone 1 | Zone 1 |
| Ergebnis CDU | Zone 3 | Zone 3 | Zone 1 | Zone 1 |
| Ergebnis SPD | Zone 2 | Zone 2 | Zone 1 | Zone 1 |
| Ergebnis Grüne | Zone 1 | Zone 1 | Zone 3 | Zone 3 |
| Ergebnis FDP | Zone 1 | Zone 1 | Zone 3 | Zone 3 |
| Ergebnis Linke | Zone 1 | Zone 1 | Zone 3 | Zone 3 |

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

¹⁵ Das gute Ergebnis der UWG im Stadtteil Voxtrup dürfte das Ergebnis ihres Engagements gegen geplante Baumaßnahmen im Stadtteil gewesen sein.

Die Korrelation der Ergebnisse für die Parteien bei der Kommunal- und Bundestagswahl mit sozialstrukturellen Merkmalen der Stadtteile weist ebenfalls deutliche Übereinstimmungen auf. Bei beiden Wahlen korreliert ein hoher Katholikenanteil positiv mit einer Stimmabgabe für die CDU und ein hoher Protestantenanteil mit der Stimmabgabe für die SPD, während ein hoher Anteil an Konfessionslosen und Angehörigen anderer Religionen in positivem Zusammenhang mit der Stimmabgabe für die Grünen und die Linkspartei steht (vgl. Tabelle 3). Zudem korrelieren eine hohe Bevölkerungsdichte und ein starker Bevölkerungsaustausch negativ mit einer Stimmabgabe für die CDU, positiv hingegen mit der für Grüne und Linkspartei. Auch hinsichtlich der Altersstruktur und des Familienstands zeigen sich bei beiden Wahlen die gleichen signifikanten Zusammenhänge: So geht ein hoher Anteil an Jüngeren und Ledigen mit der Stimmabgabe für Grüne und Linkspartei einher, ein hoher Anteil an verheirateten Wählern mittleren Alters hingegen mit der Stimmabgabe für die Union.¹⁶ Ebenso korreliert die Beteiligung bei beiden Wahlen negativ mit einem hohen Anteil an Konfessionslosen oder Angehörigen anderer Religionen, einer großen Bevölkerungsdichte, einem ausgeprägten Bevölkerungsaustausch und hohen Anteilen an Ledigen und Jüngeren, positiv hingegen mit einem großen Katholikenanteil, einer niedrigen Bevölkerungsdichte, einem schwachen Bevölkerungsaustausch und einem hohen Anteil an verheirateten Wählern mittleren Alters.

Die Übereinstimmung der Zusammenhänge zwischen sozialstrukturellen Merkmalen und der Stimmabgabe für die Parteien bei Bundestags- und Kommunalwahlen lässt den Schluss zu, dass der Wahlentscheid bei beiden Wahlen unabhängig von der Systemebene durch die gleichen strukturellen Determinanten bestimmt wurde. Auffallend ist vor allem der deutliche Zusammenhang zwischen Religion und Wahlentscheid. Unabhängig von dem allgemein zu konstatierenden Bedeutungsverlust von Religion im Alltagsleben des Einzelnen deutet dies auf eine Persistenz der religiösen Konfliktlinie hin. Offensichtlich bestehen ursprünglich konfessionell bedingte Bindungen als regionale beziehungsweise lokale Parteiloyalitäten fort, die sich als prägend für das Wahlverhalten erweisen.¹⁷

Auch bei der Stimmabgabe für die Parteien zeigt sich bei der Kommunal- und Bundestagswahl auf der Stadtteilebene ein hoher bis sehr hoher Zusammenhang: Dort, wo die Parteien bei der Bundestagswahl ihre Hochburgen hatten, erzielten sie auch bei der Kommunalwahl hohe Anteile und umgekehrt. Dies gilt in gleichem Maße für die Wahlbeteiligung (vgl. Tabelle 3).

Die wesentlichen Unterschiede im Abstimmungsverhalten liegen in einer deutlich niedrigeren Beteiligung an der Kommunalwahl und der Tatsache, dass die CDU auf der lokalen Ebene besser abschneidet als die SPD. Vor allem in ihren Hochburgen der Zone 3 konnte die CDU unter den Urnenwählern ein deutlich besseres Ergebnis erzielen als bei der Bundestagswahl 2005 (+ 8,4 Prozentpunkte); in der Vorortgemeinde Pye entfielen auf die CDU sogar knapp 22 Prozentpunkte mehr. Die SPD hingegen schnitt innerhalb der Vorortgemeinden deutlich schlechter ab als bei der Bundestagswahl 2005 (– 7,0 Prozentpunkte)

16 Die bei beiden Wahlen geringen Signifikanzen zwischen Sozialstruktur und Stimmabgabe für die SPD liegen darin begründet, dass der Wahlentscheid für die Partei maßgeblich durch berufsstrukturelle Merkmale bestimmt wird, die auf Stadtteilebene nicht vorliegen.

17 Zur Persistenz der religiösen Konfliktlinie vgl. auch *Franz Urban Pappi*, Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik, in: *Joachim Matthes* (Hrsg.), *Sozialer Wandel in Westeuropa*. Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages, Berlin 1979, S. 472.

| Tabelle 3: Korrelation zwischen sozialstrukturellen Merkmalen der Wählerreise und dem Stimmenanteil für die Parteien bei der Bundestagswahl 2005 (BW) und der Kommunalwahl 2006 (KW) in Osnabrück im Vergleich | | | | | | | | | | | | | |
|--|--------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-------------|-------------|-----------|-----------|-------------|-------------|-----------|-----------|
| | | SPD BW | SPD KW | CDU BW | CDU KW | Grüne BW | Grüne KW | FDP BW | FDP KW | Linke BW | Linke KW | BW WB | KW WB |
| Bevölkerungsdichte | Korrelation nach Pearson | ,048 | ,139 | -,495(*) | -,442(*) | ,577(**) | ,581(**) | -,129 | ,106 | ,438(*) | ,561(**) | -,571(**) | -,430(*) |
| | Signifikanz (2-seitig) | ,828 | ,529 | ,016 | ,035 | ,004 | ,004 | ,557 | ,632 | ,037 | ,005 | ,004 | ,041 |
| N | | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 |
| Bevölkerungsbewegung gesamt | Korrelation nach Pearson | -,113 | -,073 | -,567(**) | -,430(*) | ,652(**) | ,719(**) | ,097 | ,286 | ,773(**) | ,772(**) | -,917(**) | -,789(**) |
| | Signifikanz (2-seitig) | ,606 | ,741 | ,005 | ,040 | ,001 | ,000 | ,659 | ,186 | ,000 | ,000 | ,000 | ,000 |
| N | | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 |
| evangelisch | Korrelation nach Pearson | ,446(*) | ,671(**) | -,648(**) | -,772(**) | ,116 | ,123 | ,254 | ,390 | ,184 | ,132 | -,182 | -,201 |
| | Signifikanz (2-seitig) | ,033 | ,000 | ,001 | ,000 | ,599 | ,577 | ,243 | ,066 | ,400 | ,548 | ,406 | ,358 |
| N | | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 |
| katholisch | Korrelation nach Pearson | -,390 | -,603(**) | ,806(**) | ,872(**) | -,340 | -,355 | -,238 | -,472(*) | -,452(*) | -,412 | ,458(*) | ,432(*) |
| | Signifikanz (2-seitig) | ,066 | ,002 | ,000 | ,000 | ,112 | ,096 | ,274 | ,023 | ,030 | ,051 | ,028 | ,039 |
| N | | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 |
| Sonstige / Ohne | Korrelation nach Pearson | ,143 | ,253 | -,783(**) | -,719(**) | ,607(**) | ,628(**) | ,130 | ,445(*) | ,758(**) | ,751(**) | -,771(**) | -,674(**) |
| | Signifikanz (2-seitig) | ,514 | ,244 | ,000 | ,000 | ,002 | ,001 | ,554 | ,033 | ,000 | ,000 | ,000 | ,000 |
| N | | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 |
| ledig | Korrelation nach Pearson | -,272 | -,226 | -,517(*) | -,398 | ,828(**) | ,851(**) | ,152 | ,371 | ,679(**) | ,794(**) | -,798(**) | -,576(**) |
| | Signifikanz (2-seitig) | ,209 | ,300 | ,011 | ,060 | ,000 | ,000 | ,489 | ,081 | ,000 | ,000 | ,000 | ,004 |
| N | | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 |
| verheiratet | Korrelation nach Pearson | ,224 | ,171 | ,573(**) | ,460(*) | -,822(**) | -,860(**) | -,146 | -,402 | -,727(**) | -,833(**) | ,864(**) | ,655(**) |
| | Signifikanz (2-seitig) | ,304 | ,436 | ,004 | ,027 | ,000 | ,000 | ,507 | ,057 | ,000 | ,000 | ,000 | ,001 |
| N | | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 |
| 18 bis 39 Jahre | Korrelation nach Pearson | -,128 | -,146 | -,524(*) | -,368 | ,699(**) | ,723(**) | ,006 | ,217 | ,707(**) | ,726(**) | -,755(**) | -,605(**) |
| | Signifikanz (2-seitig) | ,559 | ,505 | ,010 | ,084 | ,000 | ,000 | ,977 | ,321 | ,000 | ,000 | ,000 | ,002 |
| N | | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 |
| 40 bis 59 Jahre | Korrelation nach Pearson | ,232 | ,152 | ,494(*) | ,420(*) | -,763(**) | -,782(**) | -,109 | -,319 | -,647(**) | -,787(**) | ,848(**) | ,628(**) |
| | Signifikanz (2-seitig) | ,287 | ,490 | ,017 | ,046 | ,000 | ,000 | ,622 | ,137 | ,001 | ,000 | ,000 | ,001 |
| N | | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 |
| über 60-jährige | Korrelation nach Pearson | -,023 | ,091 | ,377 | ,189 | -,394 | -,416(*) | ,102 | -,036 | -,528(**) | -,416(*) | ,401 | ,375 |
| | Signifikanz (2-seitig) | ,918 | ,680 | ,076 | ,386 | ,063 | ,048 | ,643 | ,869 | ,010 | ,048 | ,058 | ,078 |
| N | | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 |

BW = Zweitstimmenergebnisse für die Parteien bei der Bundestagswahl. *

* Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant. * Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,05 (2-seitig) signifikant.

Quelle: Eigene Berechnungen nach: Stadt Osnabrück (Hrsg.), Ergebnis der Wahl zum Deutschen Bundestag am 18. September 2005, a.a.O., S. 1 – 277, und Stadt Osnabrück (Hrsg.), Ergebnisse der Wahlen zum Rat der Stadt Osnabrück, a.a.O., S. 1 – 30.

und lag in ihren Hochburgen der Zone 2 immerhin vier Prozent unter ihrem Bundestagswahlergebnis. Offensichtlich vermag die CDU bei Kommunalwahlen ihre Stammwähler in ihren Hochburgen erheblich besser zu mobilisieren als die SPD (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4: Korrelation zwischen Wahlverhalten bei Bundestags- und Kommunalwahlen 2005/2006 nach Stadtteilen in Osnabrück

| | SPD KW zur BW | CDU KW zur BW | Grüne KW zur BW | FDP KW zur BW | Linke KW zur BW | WB KW zur BW |
|--------------------------|------------------|------------------|--------------------|------------------|--------------------|-----------------|
| Korrelation nach Pearson | ,888(**) | ,929(**) | ,960(**) | ,809(**) | ,840(**) | ,888(**) |
| Signifikanz (2-seitig) | ,000 | ,000 | ,000 | ,000 | ,000 | ,000 |
| N | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 |

BW = Bundestagswahl; KW = Kommunalwahl; WB = Wahlbeteiligung.
 ** Die Korrelation ist auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.
 Quelle: Eigene Berechnung nach: Stadt Osnabrück (Hrsg.), Ergebnis der Wahl zum Deutschen Bundestag am 18. September 2005, a.a.O., S. 1 – 277, und Stadt Osnabrück (Hrsg.), Ergebnisse der Wahlen zum Rat der Stadt Osnabrück, a.a.O, S. 1 – 30.

Verschiedentlich ist argumentiert worden, dass die Gebietsreform in den 1970er Jahren zu einem erheblichen Gemeinschafts- und Demokratiedefizit geführt hat und sich die mangelnde Integration der damals eingemeindeten Gebiete in die Städte in räumlichen Konflikten und unterschiedlicher Partizipation niederschlägt.¹⁸ In der Tat hätten SPD und Grüne ohne die Anfang der 1970er Jahre eingemeindeten Orte bei der Kommunalwahl 2006 zusammengenommen eine Mehrheit der Stimmen erzielt, wenngleich das Ergebnis nicht ganz so deutlich ausgefallen wäre wie bei der Bundestagswahl (vgl. Tabelle 5). Dennoch ist zu beachten, dass die mit den Eingemeindungen einhergehende Verschiebung der politischen Mehrheitsverhältnisse ein wichtiger Faktor dafür war, dass die SPD seit Anfang der 1980er Jahre ihre Mehrheit im Kommunalparlament verloren hat.

Tabelle 5: Ergebnisse für die politischen Lager nach städtischen Zonen Osnabrücks (in Prozent)

| | Kommunalwahl 2006 | | | Bundestagswahl 2005 | | |
|--------------|-------------------|--------------|------|---------------------|--------------|------|
| | rot-grün | schwarz-gelb | WB | rot-grün | schwarz-gelb | WB |
| Zone 1 und 2 | 49,6 | 45,8 | 38,1 | 54,1 | 39,6 | 62,7 |
| Zone 3 | 42,4 | 51,9 | 46,6 | 50,7 | 44,4 | 70,3 |
| Gesamt | 47,7 | 47,4 | 40,1 | 53,3 | 40,8 | 64,5 |

Einheit: Urnenwähler. WB = Wahlbeteiligung.
 Quelle: Eigene Berechnung nach Stadt Osnabrück (Hrsg.), Ergebnis der Wahl zum Deutschen Bundestag am 18. September 2005, a.a.O., S. 1 – 277, und Stadt Osnabrück (Hrsg.), Ergebnisse der Wahlen zum Rat der Stadt a.a.O, S. 1 – 30.

18 Vgl. *Theo Stammen*, Geborgenheit als anthropologisches Bedürfnis – Die politischen und kulturellen Kosten der Kommunal- und Gebietsreform in Bayern, in: *ders. / Hans-Otto Mühleisen* (Hrsg.), Gemeinde- und Gebietsreform in Bayern: Politikwissenschaftliche Fragen und Untersuchungen 10 Jahre nach Abschluß der Reformmaßnahmen, Augsburg 1986, S. 81 – 95.

3. Personenorientierung vs. Parteiorientierung

Wie bereits ausgeführt können nach dem geltenden Kommunalwahlrecht die Stimmen für einen Wahlvorschlag (Gesamtliste) oder aber einen einzelnen Bewerber abgegeben werden, so dass also eine Personenwahl durchaus möglich ist. Daher kann angenommen werden, dass das Verhältnis von Personenstimmen zu Listenstimmen mit dem Bevölkerungsaustausch beziehungsweise der Wohnortdauer korreliert: Je geringer der Bevölkerungsaustausch und je höher die Wohnortdauer, desto eher sollte eine Präferenz für Einzelbewerber vorliegen, weil die Chance größer ist, einzelne Bewerber persönlich oder vom Hörensagen zu kennen.¹⁹

Insgesamt zeigt sich für die Kommunalwahlen in Osnabrück allerdings keine Tendenz zur Wahl einzelner Kandidaten. Das Verhältnis zwischen Listen- und Personenstimmen beträgt nahezu 50 : 50. Innerhalb der Stadtzonen zeigt sich jedoch eine signifikante interne Varianz: So bevorzugten die Wähler der zentralen Bezirke der Zone 1 eine Stimmabgabe für die Listen der Parteien (53,9 : 46,1 Prozent), während die Bürger in den Vorortbezirken der Zone 3 eher für einzelne Bewerber stimmten (58,5 : 41,5 Prozent); in Zone 2 wurden zu 47,7 Prozent Listen, zu 52,3 Prozent Personen gewählt.

Signifikante Korrelationen zeigen sich zwischen der Stimmabgabe und den sozialstrukturellen sowie soziodemographischen Merkmalen der Stadtteile: Je höher die Bevölkerungsdichte und der Bevölkerungsaustausch, desto eher wurden die Listen der Parteien gewählt. Zudem neigten die Bürger in Stadtteilen mit einer hohen Anzahl an Ledigen, Einpersonenhaushalten und Jüngeren weniger zur Wahl von Einzelbewerbern als in Stadtteilen mit einer größeren Zahl an Mehrpersonenhaushalten und Wählern mittleren Alters und älter (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Korrelation zwischen ausgewählten soziodemographischen Merkmalen und der Stimmabgabe für Einzelbewerber bei der Kommunalwahl 2006 in Osnabrück

| | | Bevölkerungsdichte | Bevölkerungsbewegung | ledig | verheiratet | 1 Person | 2 Personen | 18 bis 39 Jahre | 40 bis 59 Jahre | über 60 Jahre |
|-------------------|--------------------------|--------------------|----------------------|-----------|-------------|-----------|------------|-----------------|-----------------|---------------|
| Gesamt Personen % | Korrelation nach Pearson | -,530(**) | -,741(**) | -,747(**) | ,803(**) | -,812(**) | ,698(**) | -,655(**) | ,758(**) | ,326 |
| | Signifikanz (2-seitig) | ,009 | ,000 | ,000 | ,000 | ,000 | ,000 | ,001 | ,000 | ,129 |
| | N | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 |

Quelle: Eigene Berechnung nach Stadt Osnabrück (Hrsg.), Ratswahl; Amtliches Endergebnis, Stimmen der Bewerber nach Wahlbezirken, Osnabrück, 2006, S. 1 – 9.

Gerhard Lehbruch zufolge ist der Parteienwettbewerb auf der kommunalen Ebene in kleineren und mittleren Gemeinden geringer als in größeren, da dort relativ homogene Sozialstrukturen dominieren und der Parteeinfluss auf die Kommunalpolitik somit ein-

19 Zu diesem Zusammenhang vgl. *Heiner Treinen*, Symbolische Ortsbezogenheit: Eine soziologische Untersuchung zum Heimatproblem, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 17. Jg. (1965), S. 73 – 97, S. 254 – 297.

geschränkt ist.²⁰ Auch dies kann eine Erklärung dafür sein, dass in den sozialstrukturell relativ homogenen Vorortgemeinden individuelle Bewerber bevorzugt werden, während in den sozialstrukturell heterogenen Stadtteilen der Zone 1 die Wähler sich eher für die Listen der Parteien entscheiden. Es muss dahingestellt bleiben, ob der relative Wahlerfolg der UWG in Zone 3 auf den Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und Präferenz nicht etablierter politischer Gruppierungen zurückzuführen ist oder eher auf Polarisierungen vor Ort.

Auch für die einzelnen Parteien ist eine signifikante Varianz bei der Bevorzugung von Parteilisten und Einzelbewerbern festzustellen. CDU und FDP erhielten mehr Stimmen für ihre Listen, die Wähler der SPD verteilten ihre Stimmen etwa gleichermaßen auf die Einzelbewerber und die Listen der Partei, während Grüne, UWG und Linkspartei insgesamt mehr Listen- als Personenstimmen erhielten.

Für die großen Volksparteien CDU und SPD zeigt sich zudem ein deutlicher Zusammenhang zwischen städtischer Zone und Abstimmungsverhalten: So nimmt die Entscheidung für die Listen der Parteien von Zone 2 zu Zone 1 hin zu, während die Bewohner der Vorortgemeinden eher eine Personenwahl vornahmen. Für die kleineren Parteien ergibt sich ein etwas anderes Bild. Auf die FDP-Liste entfielen in Zone 2 die meisten, in Zone 3 die wenigsten Stimmen. Die Grünen erhielten in allen Zonen einen nahezu ähnlich hohen Anteil an Listenstimmen. Die Linke konnte in Zone 3 die meisten Listenstimmen, in Zone 1 und 2 etwa die gleiche Anzahl auf sich vereinigen. Dies gilt für die UWG in umgekehrter Weise: Deren Liste erhielt in Zone 1 und 2 einen etwa gleich hohen Prozentsatz an Stimmen, in Zone 3 dominierten hingegen klar die Personenstimmen (vgl. Tabelle 7).

| | CDU | | SPD | | FDP | | Grüne | | UWG | | Linke | |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | Liste | Pers. | Liste | Pers. | Liste | Pers. | Liste | Pers. | Liste | Pers. | Liste | Pers. |
| zentrale Bezirke (Zone 1) | 49,6 | 50,4 | 55,7 | 44,3 | 44,7 | 55,3 | 64,4 | 35,6 | 62,0 | 38,0 | 55,4 | 44,6 |
| städtische Bezirke (Zone 2) | 44,0 | 56,0 | 45,7 | 54,3 | 49,3 | 50,7 | 64,9 | 35,1 | 62,5 | 37,5 | 55,9 | 44,1 |
| Vorstadtgemeinden (Zone 3) | 36,6 | 63,4 | 41,7 | 58,3 | 42,9 | 57,1 | 63,3 | 36,7 | 39,6 | 60,4 | 68,8 | 31,2 |
| N Urnenwähler = | 44,3 | 55,7 | 49,5 | 50,5 | 45,1 | 54,9 | 64,3 | 35,7 | 51,2 | 48,8 | 57,6 | 42,4 |
| Quelle: Eigene Berechnung nach: Stadt Osnabrück (Hrsg.), Ratswahl; Amtliches Endergebnis, Stimmen der Bewerber nach Wahlbezirken, a.a.O., S. 1 – 9. | | | | | | | | | | | | |

Ob Persönlichkeitsfaktoren die Wahlentscheidung stärker beeinflussen als die allgemeine Parteienidentifikation und damit ein eigenständiges kommunales Wahlverhalten vorliegt, ist erstens abhängig von dem jeweiligen Wohnort beziehungsweise der städtischen Zone, in der die Wahlberechtigten leben, und zweitens von der jeweiligen Parteipräferenz.

20 Vgl. *Gerhard Lehmbrecht*, Der Januskopf der Ortsparteien. Kommunalpolitik und das kommunale Parteiensystem, in: *Der Bürger im Staat*, 25. Jg. (1975), H. 1, S. 5.

4. Gibt es ein eigenständiges kommunales Wählerverhalten?

Das Beispiel Osnabrück hat gezeigt, dass sich ungeachtet der unterschiedlichen Wahlergebnisse sowohl bei Bundestags- als auch bei Kommunalwahlen Konstanten des Wahlverhaltens erkennen lassen, die mit stadtgeographischen und sozialstrukturellen Gegebenheiten korrelieren: So werden in den dichtbesiedelten, im Hinblick auf den Bevölkerungsaustausch in hohem Maße fluktuierenden zentralen Stadtteilen mit einer überwiegend jungen, ledigen Wählerschaft die kleineren Parteien, insbesondere die Grünen und die Linkspartei bevorzugt; außerdem besteht eine größere Neigung zum Wahlverzicht. Die CDU hingegen erzielt ihre besten Ergebnisse in den ehemals agrarisch geprägten und selbständigen, überwiegend katholischen Vorortgemeinden mit dünner Besiedelung, einem geringen Bevölkerungsaustausch und einer mehrheitlich verheirateten Wählerschaft mittleren Alters. Die SPD schneidet in Stadtteilen mit einer Mehrheit an Protestanten am besten ab, wobei sich die Hochburgen der Partei in allen städtischen Zonen finden, vor allem aber in den städtischen Randbezirken. Auch die Wahlergebnisse auf Stadtteilebene weisen eine hohe bis sehr hohe Korrelation des Wahlverhaltens bei Bundestags- und Kommunalwahlen auf.

Diese Befunde bestätigen somit im Wesentlichen die These, dass die Unterschiede zwischen lokalen und nationalen Wahlergebnissen auf die unterschiedlichen Grade der politischen Mobilisierung bei Bundestags- und Kommunalwahlen zurückgeführt werden können. Auch die relativ ausgewogene Verteilung von Listen- und Personenstimmen deutet nicht darauf hin, dass ein spezifisches kommunales Wahlverhalten besteht, das sich im Unterschied zu nationalen Wahlen an der Person der Bewerber orientiert. Insofern muss die Existenz eines eigenständigen kommunalen Wahlverhaltens zumindest für Osnabrück verneint werden.

Allerdings ist zu konstatieren, dass in den stark fluktuierenden Bezirken der innerstädtischen Zone 1 eine Tendenz zur Listenwahl vorliegt, während in den Vorortgemeinden, die durch einen relativ geringen Bevölkerungsaustausch und damit eine längere Wohnortdauer gekennzeichnet sind, häufiger von der Personenwahl Gebrauch gemacht wird. Zudem ist in den innerstädtischen Bezirken die Neigung zum Wahlverzicht deutlich stärker ausgeprägt als in den Vorortgemeinden. Ein eigenständiges kommunales Wahlverhalten und eine lokale Politische Kultur finden sich somit ausgeprägter in den homogenen, stabilen, wenig fluktuierenden sozialen Milieus der Vorortgemeinden als in den sozialstrukturell heterogenen, ausgeprägt wechselhaften Milieus der zentralen Bezirke. Ebenso zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien: Während die Wähler der CDU Einzelkandidaten bevorzugten, neigten insbesondere die Wähler der Grünen zur Entscheidung für Parteilisten. Somit lassen sich in größeren Städten durchaus interne Varianzen des kommunalen Wahlverhaltens nachweisen, die je nach städtischer Zone und Parteienpräferenz ausfallen.